

Landesdelegiertentag setzt den demokratischen Punkt!

Ausgangspunkt sind die vorgelegten Ergebnisse der Arbeitsgruppe Kriminalitätsbekämpfung

Mit der Pressekonferenz am 3. März wurden durch den Minister die Eckpunkte der Vorhaben der AG Kriminalitätsbekämpfung dargestellt. Diese Befunde und Empfehlungen sind gegliedert in: Kompetenzen der Mitarbeitenden in den Vordergrund stellen; Abläufe effizienter und effektiver gestalten; Organisationsstrukturen wirkungsvoll konzentrieren; zeitgemäße Arbeitsmittel bereitstellen und einsetzen; Offenheit für Neues zeigen und Qualität gewährleisten. Hier



Sabrina Kunz begrüßt und führt ins Thema ein: Die GdP fordert, dass es einen Personalaufwuchs geben muss in der rheinland-pfälzischen Polizei.

sammeln sich zahlreiche Einzelmaßnahmen von der Einrichtung einer zentralen Sachbearbeitung von Massenkriminalität über die Umorganisation der Kommissariate am Standort der KI'en und der KD über die Herauslösung der K-Beamtinnen und K-Beamten aus den PI'en bis hin zu kleineren Details wie einer Anpassung der Rahmenbedingungen beim Dienstzweigwechsel. Ein erheblicher Kritikpunkt aus der Mitarbeiterschaft ist die mangelnde Transparenz bis zur Pressekonferenz, damit ist nun endlich Schluss. Ein 24-seitiger Bericht ist durch die AG auf ihrer eigens eingerichteten Intrapol-Seite nachzulesen.

Stimmen Einiger bei der GdP-Vor-Ort-Reihe

Wir haben als GdP 2022 beschlossen, wieder auf alle Dienststellen zu gehen, um mit den Kolleginnen und Kollegen vor Ort ins Gespräch zu kommen. Naturgemäß waren diese Termine aufgrund des mangelnden Informationsflusses aus der AG Kribe auch davon geprägt, sich bei uns darüber zu informieren, was zukünftig passieren wird, mit einem selbst und mit der Organisation. Beispielhaft hier ein paar O-Töne: „Wir haben hier einen guten Draht zur PI“, „Wie will man da noch einen Zusammenhalt noch hinbekommen?“, „Ich sehe das sehr kritisch, wenn uns das Auge und das Ohr dann vor Ort fehlt“, „Wir zoffen uns um Hör-Sprech-Garnituren und Handys“, „BtM hat keine Lobby, wir haben sehr viele BtM-Tote“, „Unser Gegenüber ist mit Geld ausgestattet bis zum Gehnichts mehr“, „Speicherplatz auf den Rechnern reicht nicht“ (...) Diese Anmerkungen zeigen uns, dass die täglichen Probleme viel kleinere als eine Organisationsänderung sind.



Der Fachausschuss K bei der Arbeit: Markus Papadopoulos, Claudia Ries und Jennifer Otto beraten über die Einzelheiten des Änderungsantrags.

Stimmen Einzelner, z. B. ein Leserbrief

Viele einzelne Zuschriften von Kolleginnen und Kollegen haben uns erreicht. Aus einer Zuschrift darf ich hier zitieren: „(...) Über die Presse musste ich erfahren, dass eine Zentralisierung von K erfolgen wird. (...) Ich bin seit 20 Jahren K-Beamter und weiß nun wirk-



Fotos (3): Stefanie Loh

Der Vorsitzende der JUNGEN GRUPPE (GdP) fordert moderne Möglichkeiten, wie Arbeiten aus dem Ausland und Terminals zur Anzeigenaufnahme auf den Dienststellen.

lich beim besten Willen nicht mehr, warum ich das noch bin. (...) Den Leserbrief in Gänze findet ihr auf Seite 3.

Stimmen Vieler beim höchsten Gremium der GdP

Wir erkennen als GdP die intensive Befassung mit der Kriminalitätsbekämpfung an und teilen die Einschätzung, dass an der Attraktivität der Arbeitsplätze der Kriminalpolizei gearbeitet werden muss. Insgesamt sind wir als GdP auch erfreut, dass sich der Minister offen dafür gezeigt hat, alle Empfehlungen der Arbeitsgruppe zu betrachten. Die konkreten Arbeitsbedingungen sind Kernaufgabe der GdP, wir müssen und werden uns hier kümmern.

U. a. deshalb gab es den ersten außerordentlichen Delegiertentag der GdP. Auf



diesem Delegiertentag ging es darum, die Betrachtungen der Einzelnen vor dem Hintergrund dessen, was der Dienstherr empfohlen hat, demokratisch zu diskutieren, zu analysieren und zu einer Position zusammenzuführen. Hier haben sich ganz viele individuell geäußert und in die Diskussion eingebracht.

Einstimmigkeit

Nach einer intensiven Erörterung und dem Abwägen von Vor- und Nachteilen von vielen Punkten wurde der Antrag auf dem Landesdelegiertentag einstimmig beschlossen.



Einstimmige Zustimmung zum gesamten Änderungsantrag – stark!

Diese Geschlossenheit gibt der Gewerkschaft der Polizei den nötigen Rückenwind, um die notwendigen Veränderungen zu fordern. Die **Stärkung und Weiterentwicklung der Kriminalitätsbekämpfung** – und zwar aus Perspektive der Schutz- und der Kriminalpolizei – ist uns ein Herzensanliegen. Was die **Attraktivität** einer Tätigkeit im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung betrifft, sehen wir als GdP dringenden



Markus Freund erklärt, dass die Delikte Gewalt gegen Polizeibeamte einer besonderen Betrachtung bedürfen.

Handlungsbedarf bei der Schaffung von **Entlastungs- und Karrieremöglichkeiten und Perspektiven**. Wir brauchen mehr Personal, um die Arbeit bewältigen und die Arbeitsbedingungen gestalten zu können. Wir brauchen mehr Funktionsstellen für die Führungskräfte und mehr Stellen für die Tarifbeschäftigten. Weiter brauchen wir für unsere Kolleginnen und Kollegen psychologische

Unterstützung und Supervision. Wer sich beispielsweise ständig kinderpornografisches Bildmaterial anschauen muss oder im Dienst ständig mit Leichen bzw. Todesermittlungsverfahren konfrontiert ist, schüttelt all dies mit dem Ende der Tätigkeit nicht ab. Körper und Seele sind ein Leben lang beeinträchtigt. Dies **wertschätzend anzuer-**

kennen und zu honorieren durch eine Zulage und/oder Urlaubstage, ist Aufgabe der Politik als Arbeitgeber. Gut ausgestattete Arbeitsplätze, eine moderne individuelle Ausstattung für die Kolleginnen und Kollegen sind wichtig: „Qualität kostet Geld – auch in der Verbrechensbekämpfung“ oder „Ohne Moos nix los – auch in der Verbrechensbekämpfung“, bringt es Sven Hummel auf den Punkt.

Und zuletzt die Stimme der Vorsitzenden Sabrina Kunz: „Dieser Delegiertentag ist der festen Überzeugung, dass alle Überlegungen, die logisch und chronologisch aufeinander aufbauen, nur funktionieren, wenn sie auch im Verbund umgesetzt werden.



Der Minister betont in seiner Rede, dass es bei der Reform nicht um Einsparungen gehe.

Foto: Jennifer Otto



Der Inspekteur der Polizei, Friedel Durben, erklärt, warum sich die Organisation Polizei Veränderungen stellen sollte und auch muss.



Thomas Lenz führt wie immer souverän durch die Sitzung, hier mit Philipp Klein an seiner Seite; danke auch an Isabel Sorg, Franco Sicuranza und Yasmin Krause.



Stellvertretend für alle helfenden Hände der Geschäftsstelle geht ein besonderer Dank an Sebastien Cultot, Ann-Kathrin Fehlich und Claudia Clooth.

Fotos (B): Stefanie Loh

Dies ernst zu nehmen, wird jetzt Ihre Aufgabe sein. Wir erwarten von der gesamten rheinland-pfälzischen Landesregierung und insbesondere auch von Ministerpräsidentin Malu Dreyer, dass sie Innenminister Ebling, der gesamten Polizei und damit auch dem Sicherheitsempfinden der rheinland-pfälzischen Bevölkerung jetzt auch ernsthaft, proaktiv und wirkungsvoll den Rücken stärkt und die finanziellen Mittel zur vollumfänglichen Umsetzung zur Verfügung stellt“, schloss Sabrina Kunz den Landesdelegiertentag. ■



LESERBRIEF

K-Beamter zu sein, lohnt sich nicht

Die Neustrukturierung der Kriminalpolizei hat mich dazu bewogen, an euch einen Leserbrief zu schreiben. Über die Presse musste ich erfahren, dass eine Zentralisierung von K erfolgen wird. Ich empfinde es als ungeheuerlich, dass ich dies aus den Medien erfahren musste. Der Mitarbeiterbrief von Herrn Ebling ist wohl am Freitag zeitgleich mit der Presseveröffentlichung gesteuert worden.

Leider bin ich nichts anderes gewohnt. Man muss Behörden suchen, die so mit dem Personal umgehen. Das würden sich nicht viele Behördenleiter trauen.

Für mich ist fraglich, ob diese Neustrukturierung von der GdP unterstützt wird. Bei oberflächlicher Betrachtung komme ich zu dem Schluss, dass die GdP dies so mitträgt. Dies lässt sich aus den Pressenotizen erkennen. Lediglich die Freie Wählergruppe erkennt, dass es sich um Etikettenschwindel handelt. (Pressebericht Rhein-Zeitung)

Ich bin seit 20 Jahren K-Beamter und weiß nun wirklich beim besten Willen nicht mehr, warum ich das noch bin. Ich gewinne weiter den Eindruck, dass die GdP die Belange der K-Beamten einfach nicht vertritt. Ihr habt sicherlich eine Menge bewirkt. Eure Arbeit ist wichtig!!! Leider kann ich das für mich nicht erkennen.

Seit Jahrzehnten ist die Bekleidungs-ausstattung von mir als K-Beamter auf einer PI erbärmlich. Auch bei Großeinsätzen (Präsenzdienste, Sondereinsätze, Ahr-Katastrophe, Leichenbergungen usw.), die ich erleben durfte, steht man als K-Beamter mit seiner privaten Kleidung im „Dreck“. Sogar den Atemschutzhelm für Brandermittler hat man ohne Ersatz einfach eingezo-

gen. Lieber schickt man einen Brandermittler ohne vernünftige Schutzkleidung zum Brandort, bei dem hochgradig giftige Gase eingeatmet werden.

Über andere Wege musste ich mir dienstliche Haix-Schuhe besorgen. Auch eine Baseballkappe mit der Aufschrift Polizei musste ich mir über Umwege von einem Pensionär besorgen. Mir als K-Beamter einer PI steht so was nicht zu. Immer wieder lese ich von Trageversuchen usw. Es ist einfach nur traurig ...

Seit zig Jahren verrichte ich auch die zusätzliche Tätigkeit als Praxisanleiter. Eine Mehrbelastung, die einem keiner dankt, ganz im Gegenteil. Man bekommt mehr Vorgänge und darf im Jahr mehrere Praktikanten betreuen.

Ich habe nun diese Praxisanleitertätigkeit niedergelegt. Mir entschließt es sich nicht mehr, warum ich mir dies noch antun soll. Andere Kollegen mit gleicher und besserer Bezahlung haben damit nichts am Hut.

Aus dem Schreiben des Ministers, den Ausarbeitungen der AG und den Äußerungen der Gewerkschaften kann ich nichts entnehmen, wie sich hinsichtlich der Personalgewinnung für K etwas verbessern sollte. Kein einziges Wort darüber, dass man Zulagen für Tätigkeiten bezahlt, die gegenüber dem „normalen“ Polizeidienst herausragen.

Aufwendige Ermittlungsarbeiten, Brandermittlungen, Erkennungsdienst, Leichenbearbeitungen werden bei uns nicht mehr gewürdigt. Solche Ermittlungen bringen häufig belastende Zeugenvernehmungen vor Gericht mit sich, die nicht jeder Poli-

zeibeamter so mitmachen bzw. aushalten muss. Teilweise wird man vor Gericht mehrfach stundenlang angehört. Wehe, man hat sich nicht gut vorbereitet.

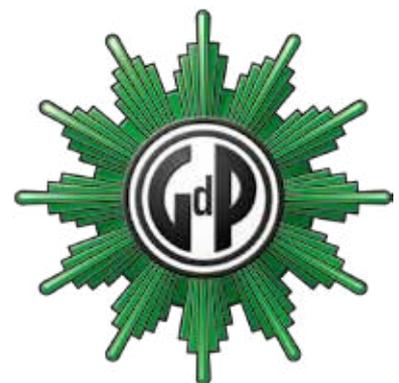
Damit hat man nichts zu tun, wenn man eine Ermittlungsakte oder einen Straftäter nur aus dem TV kennt. Leider kenne ich solche Kollegen, die dann auch noch wesentlich besser bezahlt werden.

Ich werde nun intensiv in Erwägung ziehen, ob ein Wechsel zur Schutzpolizei für mich ermöglicht werden kann. Ich finde einfach kein einziges Argument mehr, warum ich bei der Kripo bleiben soll.

Ich werde mir zusätzlich überlegen, ob ich die Mitgliedschaft bei der GdP beende.

Ich werde ganz scharf beobachten, was sich in den nächsten Wochen tut und wie sich die GdP diesbezüglich positioniert.

**Mit freundlichen Grüßen
Norbert Flick**



DP – Deutsche Polizei
Rheinland-Pfalz

Geschäftsstelle
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
www.gdp-rp.de
gdp-rheinland-pfalz@gdp.de

Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Stefanie Loth (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (06131) 96009-0
Telefax (06131) 96009-99
stefanie.loth@gdp.de



Foto: René Klemmer

CHATGPT UND ANDERE KÜNSTLICHE INTELLIGENZEN

Wer schreibt hier eigentlich?

Liebe Leserinnen und Leser. Hier möchte ich euch im Zeitalter des Einsatzes von künstlicher Intelligenz einmal zu einem Experiment mitnehmen. Alle Texte, die im Landesteil der DP erscheinen und keinen Namen eines anderen Verfassers oder einer Verfasserin tragen, sind von mir selbst geschrieben. Aber wie könnte es aussehen, wenn wir bei der GdP künstliche Intelligenz, also eine benutzen würde wie das Programm ChatGPT der Firma Open AI? Denn neugierig war ich schon und habe es einmal ausprobiert.

Für alle Eltern von Kindern im schulpflichtigen Alter wohl eher eine Bedrohung, sollen unsere Kinder doch erst einmal lernen, selbst zu lesen, zu schreiben und sich gut auszudrücken. Italien hat den Bot erst einmal aus Datenschutzgründen abgeschaltet, zu unklar noch, wie die genauen Regeln aussehen, wenn die KI z.B. strafbares schreibt. Aber kann so eine Unterstützung nicht auch helfen, vielleicht beim Schreiben eines Unfallherganges oder eines Tatortbe-

fundberichtes? Für den Einstieg wählte ich mal folgenden Einstieg bei ChatGPT:

Frage: „Was weißt du über die rheinland-pfälzische Polizei?“

Antwort: „Die rheinland-pfälzische Polizei ist ein Teil der Landespolizei Deutschlands und ist für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Ordnung in Rheinland-Pfalz zuständig. Die Polizei des Landes Rheinland-Pfalz ist eine integrierte Polizei, die aus der Schutzpolizei und der Kriminalpolizei besteht. Die rheinland-pfälzische Polizei hat ihren Hauptsitz in Mainz und ist in sieben Polizeipräsidien aufgeteilt, die sich auf verschiedene Regionen im Bundesland konzentrieren. Diese Präsidien sind in zahlreiche Polizeidirektionen und -inspektionen unterteilt, die auf lokaler Ebene arbeiten. Zu den Aufgaben der Polizei in Rheinland-Pfalz gehören die Verhütung und Bekämpfung von Straftaten, die Verkehrssicherheit, die Kontrolle von öffentlichen Veranstaltungen

und Demonstrationen sowie die Überwachung von Grenzen und Flughäfen. Die Polizei in Rheinland-Pfalz arbeitet eng mit anderen Behörden und Organisationen zusammen, wie z. B. der Feuerwehr, dem Rettungsdienst und anderen Hilfsorganisationen. Die rheinland-pfälzische Polizei ist bestrebt, in ihrer Arbeit stets transparent, bürgernah und effektiv zu sein. Dabei steht das Wohl der Bürgerinnen und Bürger im Mittelpunkt, und die Polizei verfolgt einen präventiven Ansatz, um Straftaten und Verbrechen zu verhindern, bevor sie überhaupt geschehen.“

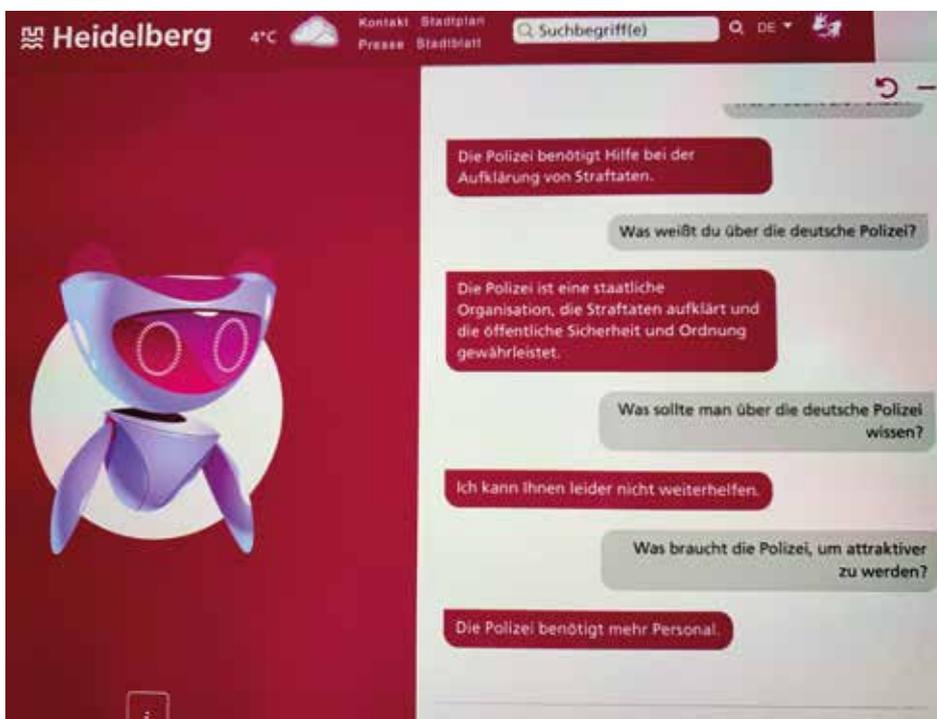
Also in dieser Antwort werdet ihr alle mehrere Fehler finden. So gut ist die künstliche Intelligenz also nicht. Ich habe mich dann an die Schilderung eines Verkehrsunfalles gemacht und eine Schilderung eines Tötungsdeliktes, beide Male kam als Antwort: Als KI-Modell habe ich keine Informationen über diesen Vorfall ... bei Letzterem gab es noch die Empfehlung, im Falle einer realen Situation den Notruf unter 112 zu wählen. So weit, so gut. Für die Polizei also noch nicht brauchbar.

Gewerkschaftlicher Nutzen?

Für die gewerkschaftliche Tätigkeit habe ich dann noch eine deutsche künstliche Intelligenz ausprobiert. Die in Heidelberg ansässige Firma Aleph Alpha ist eine der wenigen europäischen Konkurrenzunternehmen zu denen im Silicon Valley in den USA. Auf der Seite der Stadt Heidelberg kann man ein sehr pinkes digitales System namens Lumi finden, mit dem man chatten und Informationen wie z. B. Müllabfuhrtermine herausfinden kann. Auf meine Frage: „Was braucht die Polizei, um attraktiver zu werden?“, antwortete der Bot mit: „Die Polizei benötigt mehr Personal.“

Das trifft ja ins Mark einer der zentralen Forderungen der GdP Rheinland-Pfalz. Ist die KI doch nicht so schlecht? Wir werden sehen. Zunächst möchte ich euch hier versichern, dass ich vorerst keine künstliche Intelligenz einsetzen werde und die Texte schlicht von mir selbst sind.

Eure Steffi Loth



Screenshot durch Stefanie Loth angefertigt, genehmigt durch die Stadt Heidelberg

Chatbot Lumi hält viele Antworten bereit.



„ Josef Schumacher, Landesseniorenvorsitzender:
In der „APS-Broschüre“ der
GdP-Seniorengruppe findet ihr
Vordrucke für alle Vollmachten.



NEU IM BETREUUNGSRECHT: NOTVERTRETUNG FÜR EHEGATTEN

Patientenverfügung und Vorsorgevollmacht bleiben aber sinnvoll!

Seid ihr bisher auch davon ausgegangen, dass im Notfall medizinische Entscheidungen durch einen Ehepartner getroffen werden können? Dieses „Notvertretungsrecht“ wurde aber erst jetzt in § 1358 BGB neu eingefügt. Wie schnell dich das Schicksal durch einen Unfall oder wegen einer akuten Erkrankung ereilen kann, erleben gerade Polizistinnen und Polizisten im täglichen Dienst. Wer entscheidet für dich, wenn du bewusstlos bist? Jede und jeder kann betroffen sein!

Was umfasst das neue „Notvertretungsrecht“?

Damit erhalten die Ehegatten ein beschränktes Recht auf gegenseitige Vertretung in Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge. Das Vertretungsrecht greift, wenn ein Ehegatte aufgrund von Bewusstlosigkeit oder Krankheit seine Angelegenheiten der Gesundheitsvorsorge nicht mehr besorgen kann. Es bezieht sich insbesondere auf die Einwilligung in ärztliche Eingriffe und den Abschluss von Behandlungsverträgen. Der vertretende Ehegatte ist nunmehr berechtigt, für den vertretenen Ehegatten in Untersuchungen des Gesundheitszustandes, Heilbehandlungen oder ärztliche Eingriffe einzuwilligen oder sie zu untersagen sowie ärztliche Aufklärungen entgegenzunehmen. Er kann Behandlungsverträge, Krankenhausverträge oder Verträge über eilige Maßnahmen der Rehabilitation und der Pflege abschließen und durchsetzen. Ferner kann der Ehegatte Ansprüche, die dem vertretenen Ehegatten aus Anlass der Erkrankung gegenüber Dritten zustehen, geltend machen.

Auf sechs Monate begrenzt

Das Notvertretungsrecht ist zeitlich begrenzt auf maximal sechs Monate. Das Ehegattennotvertretungsrecht ist nachrangig zu einer bestehenden Betreuung oder Vorsorgevollmacht. In § 1814 ff. BGB ist geregelt, dass ein Betreuer/eine Betreuerin für eine volljährige Person Entscheidungen treffen kann, wenn diese aufgrund einer Krankheit oder Behinderung ihre Angelegenheiten ganz oder teilweise rechtlich nicht besorgen kann. Das Betreuungsgericht bestellt dann einen rechtlichen Betreuer. Es sei denn, es ist bereits alles vorsorglich geregelt.

Patientenverfügung, Vorsorgevollmacht und Betreuungsverfügung sind und bleiben wichtig

Warum? Weil die Notvollmacht auf ein halbes Jahr begrenzt ist und weil man möglicherweise gar nicht möchte, dass der Ehegatte die Entscheidungen treffen darf oder man es ihm nicht zumuten möchte. Oftmals bereiten auch Banken und Versicherungen trotz der Regelungen Probleme. Es kann sinnvoll sein, sich mit der Bank in Verbindung zu setzen, weil sie möglicherweise eine gesonderte Vollmachtserklärung verlangt. Ebenfalls sinnvoll ist die Hinterlegung einer Vollmacht bei der Beihilfestelle und der PKV.

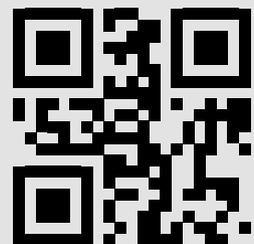
Und noch etwas: Es geht nicht immer um Ehegatten. Ein Kollege musste viele aufreibende Formalitäten überwinden, als sein Sohn, knapp über 18 Jahre alt, in

einen schweren Verkehrsunfall verwickelt war und bewusstlos auf der Intensivstation lag.

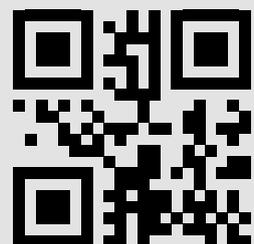
Ernst Scharbach

Nähere Informationen:

Justizministerium Rheinland-Pfalz unter
[Wer_hilft_mir_wenn.pdf\(rlp.de\)](http://Wer_hilft_mir_wenn.pdf(rlp.de))



APS-Broschüre im Mitgliederbereich der
GdP-Homepage Vorstand Seniorengruppe
– Gewerkschaft der Polizei (gdp.de)





AUS DEM HPRP

Der Rahmen für die Vorgehensweise bei Geldautomatensprengungen steht

Rahmenkonzeption Sprengung GAA

Zur Bekämpfung dieses Kriminalitätsphänomens werden in dem Konzept einige Lageinformationen gegeben und dann an die jeweiligen Einsatzsituationen angepasste Vorgehensweisen beschrieben. Ziel ist eine landesweit vereinheitlichende Vorgehensweise, die auch die Gefährdung unbeteiligter Dritter und von Einsatzkräften reduziert, und die konsequente Bekämpfung des Phänomens. Die Rahmeneinsatzkonzeption steht noch zur Mitbestimmung aus.

Informations- und Anlaufstelle ULS Polizei Rheinland-Pfalz

Beim Polizeipräsidium Einsatz, Logistik und Technik wird eine Stelle eingere-

richtet, wo alle Fragen zur technischen Seite der Drohnen behandelt werden, die den Namen „SPOC ULS Technik“ versehen wird. Die fachliche Aus- und Fortbildung der Fernpiloten liegt zukünftig beim LKA.

Leitfaden #POLIZEIZEIGTHALTUNG.RLP Den Menschen sehen, Verantwortung übernehmen

In diesem Leitfaden ist die Erwartungshaltung des MdL zum Verhalten der Mitarbeitenden in der analogen und digitalen Kommunikation niedergeschrieben. Der HPR hat die Vorlage wegen Klärungsbedarfs auf die kommende Sitzung geschoben und empfiehlt die Aussetzung der Termine zur Schulung bis nach der Verabschiedung.

Pilotkonzept „Ersetzendes Scannen“ Pilotdienststellen im Bereich der elektronischen Akte in Strafsachen

Hier handelt es sich um die Fortschreibung des Pilotprojektes.

Leitfaden 671 Bestellung von Fahrzeugen

Durch diesen Leitfaden wird die bestehende Regelungslage zusammengefasst und den aktuellen Umständen angepasst.

Dienstzweigwechsel S zu K

Im Bereich des PP Koblenz wird eine Ausnahme zugelassen, insofern dass eine Beamtin des Bewährungsaufstiegs zum Auswahlverfahren Dienstzweigwechsel zugelassen wird.

Initiativantrag AG Kribe

Der HPR wird gezielte Fragen an den Innenminister richten, um an die wesentlichen Grundlagen zu gelangen, die für die Umsetzungsarbeitsgruppe Arbeitsgrundlage werden.

Sabrina Kunz 06131/16-3365
René Klemmer 06131/16-3378
Steffi Loth 06131/16-3379
Sven Hummel 06131/16-3380
Ingo Schütte 06131/16-3233 o. -/65-3030

Hohe Eigenleistung bei längerfristigen Rehabilitationsmaßnahmen

Es wurden uns kürzlich zwei Fälle aus der Mitgliedschaft vorgetragen, bei denen sehr hohe Summen selbst übernommen werden mussten, die von der Beihilfe nicht erstattet wurden. Grundsätzlich übernimmt die Beihilfe die anteiligen Kosten in der Frührehabilitation (Phase B) z. B. nach einer OP für bis zu 30 Tage. Einer kurzfristigen Verlängerung (1–2 Wochen) wird grundsätzlich nach ärztlicher Verordnung zugestimmt. Sobald die Rehabilitation in die Phase C (= weiterführende Rehabilitationsmaßnahme) übergeht, arbeiten einige Kliniken mit Pauschalpreisen, die von der Beihilfestelle nicht in voller Höhe anerkannt werden. Die Beihilfestelle akzeptiert i. d. R. nur solche Pauschalpreise, die mit den Sozialversicherungsträgern (GKV) vereinbart wurden. Die Prüfung durch eine Juristin der GdP-Geschäftsstelle hat ergeben, dass seitens der Beihilfestelle kein Berechnungsfehler vorliegt. Rechnet die AHB-Klinik pauschal ab, ohne dass eine Preisvereinbarung mit einem Träger der Sozialversicherung besteht, ist die berechnete Pauschale nicht

beihilfefähig. In diesem Fall kann eine Beihilfe nur gewährt werden, wenn die Leistungen jeweils einzeln abgerechnet werden. Deshalb ergeht der dringende Ratschlag an alle Mitglieder, vor Abschluss einer Vereinbarung mit einer Klinik Kontakt mit der Beihilfestelle aufzunehmen; zur eigenen Rückversicherung ggf. auch mit der privaten Versicherung.

Jürgen Kohl, Vorsitzender der regionalen Seniorengruppe Koblenz



Jürgen Kohl empfiehlt vor Beginn einer Reha, mit der Beihilfestelle Kontakt aufzunehmen.

Foto: GdP RLP



AUS DER SENIORENGRUPPE

80 Zuhörerinnen und Zuhörer bei Infoveranstaltung rund um die Pflege

Am 15. März 2023 fand in Böhl-Iggelheim eine Veranstaltung der regionalen Seniorengruppe Rheinpfalz über das Thema „Pflegefall, was nun?“ statt. Frau Gundert von „Compass“ und Herr Dietz von der Pflegestation Lamsheim erläuterten das komplizierte Thema anschaulich, gaben Hinweise, wohin man sich wenden kann, und beantworteten zahlreiche Zwischenfragen. Auch der GdP-Fachmann für Beihilfe, Heinz Werner Gabler, brachte sein Wissen zu diesem Thema ein. Das Mittagessen wurde von der Bezirksgruppe finanziert.

Am Nachmittag berichtete Uwe Löwenhaupt, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates PP Rheinpfalz, über Neuigkeiten aus dem Polizeipräsidium. Abgerundet wurde die Veranstaltung dann vom Vorsitzenden der Landesseniorengruppe, Josef Schumacher, der Informationen und Neuigkeiten aus dem Lande vortrug.

Gerd Uwe Jakob,
Vorsitzender regionale
Seniorengruppe
Rheinpfalz



Geschenke an die Referentin und den Referenten



Wirklich volle Hütte bei dem Thema Pflege in der Westpfalz

Fotos: GdP RLP

Anzeige



SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Gut abgesichert das Leben genießen: mit dem Unfallschutz 60 Plus.

Damit sind Sie im Fall der Fälle bestens abgesichert und müssen sich um Ihre finanzielle Sicherheit keine Gedanken mehr machen. Schützen Sie nicht nur sich, sondern auch Ihre Angehörigen vor finanziellen Folgen einer unfallbedingten Pflegebedürftigkeit. Informieren lohnt sich.

Generalagentur Benjamin Thaler
Versicherungsspezialist für die Polizei
Am Mönchspfad 24, 55288 Schornsheim
Telefon 06732 6008417, Mobil 0179 7939570
benjamin.thaler@signal-iduna.net

Safe the date

Merkt euch bitte schon einmal den 9. Juli für das 2. Dankesfest der GdP vor, es geht wieder in den Tierpark Bell.



Foto: Zeepy Loth

„Auch wir warten auf euch“



Sterbefälle

Herbert Köbel, KG Vorderpfalz, 82 Jahre
Günter Prutzer, KG PP/PD Mainz, 80 Jahre
Monja Ulmen, KG PP ELT Wittlich, 42 Jahre
Günter Kessler, KG Rhein-Nahe, 90 Jahre



Geburtstage

70 Jahre

Hartwig Lersch, KG PD Kaiserslautern
Alexander Frey, PP/PD Mainz
Hartwig Fersch, PD Kaiserslautern
Ursula Tendyck, KG Westerwald/
Rhein-Lahn
Michael Scheid, PD Pirmasens

75 Jahre

Günter Schuster, PD Neustadt
Udo Maus, Neuwied/Altenkirchen

80 Jahre

Christel Bauer, KG Vorderpfalz
Rolf Merz, PP/PD Mainz,
Elisabeth Natter, PP Westpfalz
Wilfried Göbler, Westerwald/Rhein-Lahn
Hans Lauterborn, PD Wittlich

85 Jahre

Heinrich Schmidt, KG PD Kaiserslautern

Ruheständler

Hilmar Weigand, KG Vorderpfalz
Ingo Seibel, KG PD Worms
Hubert Hayer, KG PP/PD Mainz
Uwe Schulze, KG Westerwald/Rhein-Lahn



Grafik: Pixabay

Regionale Seniorengruppe Mainz lädt ein

Zum Grillnachmittag am 19. Juli 2023, 12 Uhr in der Minigolfanlage im Hartenbergpark in Mainz. Anmeldungen bitte an Markus Kaiser: stonessfan@gmx.de

EINLADUNG DER SENIORENGRUPPE KOBLENZ

E-Bike-/Pedelec-Training für GdP-Seniorinnen und -Senioren

Die Bezirksverkehrswacht Montabaur bietet zusammen mit der regionalen Seniorengruppe Koblenz dieses Präsenzseminar am 20. Mai 2023, ab 9:30 Uhr, in Montabaur auf dem Parkplatz des Finanzamtes (Peter-Altmeier-Platz 1) kostenlos an. Es stehen zunächst zehn Teilnehmerplätze zur Verfügung, ggfls. mit Partnerin oder Partner. Eventuell kann noch ein Webseminar angeboten werden, die Einzelheiten dazu werden dann auf der Homepage bekannt gegeben.

Teilnahmevoraussetzung: Radfahren können, eigenes Pedelec bzw. E-Bike zum Training, Fahrradhelm und Warnwesten sind mitzubringen.

Anmeldung: bis zum 10. Mai 2023 mit tel. Erreichbarkeit an: Senioren.Koblenz@gdp-rlp.de

Bei Fachfragen kontaktieren Sie gerne den Moderator des Trainings, Kollege Volker Frink unter (0171) 4227904. ■

EINLADUNG DER SENIORENGRUPPE KOBLENZ

Besuch der Verkehrsdirektion Koblenz am 2. Juni 2023

Ab 14 Uhr, dürfen wir die Verkehrsdirektion Koblenz, General-Allen-Straße 1, besuchen. Die GdP-Seniorinnen und -Senioren sind eingeladen, gerne ihre interessierten Enkelkinder mitzubringen.

Programm: Vorführung/Ausstellung eines Radarmessfahrzeuges, eines Enforcement Trailers, eines ProViDa-Fahrzeuges und BAB-Streifenwagens. Zusätzlich besucht uns der pensionierte Kollege Frank

Heuckeroth mit seinem Personenspürhund „Greta“. Für einen weiteren angenehmen Nachmittag mit Kaffee und Kuchen etc. ist gesorgt. Parkplätze im Gelände stehen zur Verfügung.

Anmeldung: bis zum 21. Mai 2023 mit tel. Erreichbarkeit und Kfz-Kennzeichen für den Sicherheitsdienst an: Senioren.Koblenz@gdp-rlp.de ■

Regionale Mainzer Seniorengruppe besuchte die Führungszentrale des PP Mainz

Viele der knapp 30 Teilnehmenden konnten noch die Anfänge in der „Klarastraße“ und später, nach dem Umzug des PP Anfang der 1980er-Jahre an den Valenciaplatz, die „FZ“ im 5. OG. Mit dem Besuch wurde klar: Die jetzt im Erdgeschoss befindliche FZ ist eine der modernsten Leitstellen im Land Rheinland-Pfalz. Ernst Scharbach ■

Polizeivizepräsident Thomas Brühl, Stabsbereichsleiter Dieter Krauß und Daniel Pfeiffer stellten die heutigen Aufgaben, Abläufe und technischen Möglichkeiten im Alltag wie auch in Einsatzlagen vor. „ELIAS“ ist Geschichte, „zELS“ ist das neue Einsatzleitsystem – zwischen der „Klarastraße“ und der heutigen Leitstelle liegen „Welten“.



Foto: GdP RLP